

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER, die ersten drei Monate der neuen, von SPD und Bündnis 90/Die Grünen getragenen Landesregierung liegen hinter uns. Und die ersten drei Monate waren bereits ein Erfolg. Meine Fraktion hat sich schnell an die Arbeit gemacht. Im Aprilplenium war das neue Schulgesetz der erste große Schritt zur Umsetzung einer neuen Bildungspolitik für Niedersachsen. Wir beenden damit die Benachteiligung der Gesamtschulen und ermöglichen dort das Abitur nach neun Jahren. Von der Opposition kamen leider keine inhaltlichen Angebote, eher verbale Kraftmeierei. Gleich nach dem Aprilplenium haben wir auf einer Klausurtagung im Harz die weitere inhaltliche und organisatorische Marschroute für das erste Jahr der neuen Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion abgesteckt. Die Themen »Inklusives Niedersachsen« und die Neuausrichtung der Regionalpolitik im Land wurden mit Expertinnen und Experten ausführlich diskutiert. Deutlich wurde, dass der Weg zu einem »Inklusiven Niedersachsen« eine große Herausforderung darstellt. Das gilt auch für den demografischen Wandel und das Infrastrukturgefälle in einzelnen Regionen Niedersachsens, die den Zusammenhalt des Landes gefährden. Der Südniedersachsenplan ist hier nur ein wichtiger Teil der neuen integrierten Regionalpolitik. Wir werden dabei keine Regionen im Land gegeneinander ausspielen. Die Menschen in ganz Niedersachsen stehen im Mittelpunkt unserer neuen Politik. Sie sollen überall gleiche Chancen haben.

Herzlichst Eure

Johanne Modder
Johanne Modder
vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

NEUES LANDESVERGABEGESETZ SCHAFFT GUTE ARBEIT

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben angekündigt, die Novelle des Landesvergabegesetzes bald auf den parlamentarischen Weg zu bringen, voraussichtlich im Juniplenium. Das alte Gesetz läuft zum 31.12.2013 aus. Die Novelle, die für Land, Landkreise, Kommunen und andere öffentliche Auftraggeber gelten soll, wird sich am Leitbild der

rechts ist der Kampf gegen Lohndumping und die Milderung der Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme. Dazu wird bei öffentlichen Aufträgen über Bau- und Dienstleistungen Tariftreue aufgrund der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge im Sinne des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gefordert – oder die Einhaltung eines Mindest-



Landesvergabegesetz = keine Dumpinglöhne mehr im Bau- und Dienstleistungsgewerbe.

Foto: Shutterstock

»guten Arbeit« orientieren. Gerd Will, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, erklärte dazu: »Das noch unter Schwarz-Gelb verabschiedete Landesvergabegesetz genügt diesen Ansprüchen nicht. Beispielsweise ist der Schwellenwert mit 30.000 Euro viel zu hoch angesetzt, das Gesetz soll künftig bereits für Aufträge ab 10.000 Euro gelten. Außerdem haben CDU und FDP das Vergabegesetz auf den Bausektor beschränkt und Dienstleistungsbranchen wie den ÖPNV außen vor gelassen.«

Auf einer fraktionsübergreifenden Anhörung mit Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Kammern und kommunalen Spitzenverbänden wurden die Zielsetzungen für das neue Gesetz erörtert. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben eine positive Bilanz der ersten Verbandsanhörung gezogen.

Zentrales Ziel des neuen Vergabe-

entgelt, das durch Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder Mindestarbeitsbedingungengesetz festgesetzt wird. Für Dienstleistungen im Bereich des ÖPNV wird Tariftreue nach einem für repräsentativ erklärten Tarifvertrag gefordert. Sollten Tariftreue oder Mindestentgelte aufgrund fehlender Vereinbarungen oder Rechtsnormen nicht gefordert werden können, gilt im Rahmen eines Auffangtatbestandes ein allgemeines Mindestentgelt in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde.

Nicht nur soziale Kriterien stehen bei dem Gesetz künftig im Vordergrund. Denn auch mittelständische Interessen sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge künftig stärker berücksichtigt werden. Das Land Niedersachsen und seine Kommunen werden durch dieses Gesetz künftig mehr denn je zu ihrer sozialen Verantwortung stehen. ■

ERINNERUNGEN AN HELMUT KASIMIER



Helmut Kasimier
17.10.1926–16.4.2013

Foto: Privat

Von Prof. Rolf Wernstedt

Helmut Kasimier habe ich im Frühjahr 1970 richtig kennengelernt, als er im damaligen Wahlkreis 3 im Norden Hannovers für den neuen Landtag kandidierte. Für die Stadtteile Stöcken, Herrenhausen und Ledeburg habe ich dann seinen Wahlkampf organisiert, mit Hausbesuchen und allem was dazugehört. Die Wahl wurde schließlich hauchdünn gewonnen, wie es später noch häufiger in Niedersachsen geschehen sollte.

Helmut Kasimier meisterte als Fraktionsvorsitzender die neue Einstimmigkeit mit Bravour und erwarb

sich zudem einen Ruf als profunder Kenner vieler Sachgebiete. Dieses Prestige brachte ihm nach der Landtagswahl 1974 das Amt des Finanzministers in der SPD/FDP-Koalition unter Alfred Kubel ein. Damals ging man noch mit schlechtem Gewissen in die Kreditaufnahme zum Ausgleich des Haushalts. So weigerte sich Helmut standhaft, für den Haushalt 1976 etwa 50 ausgebildete Studienassessoren in den Schuldienst einzustellen, weil dies zu einer Überschuldung geführt hätte. Angesichts des damals herrschenden Lehrermangels und daraus resultierenden Unterrichtsausfalls entstand große Unruhe in der Öffentlichkeit. Der Konflikt wurde offensichtlich von der CDU-Opposition genutzt, um die wichtigste Entscheidung der Legislaturperiode intrigant vorzubereiten.

Ministerpräsident Kubel hatte nämlich kurz nach seiner Wiederwahl angekündigt, dass er in der Mitte der Wahlperiode zurücktreten wolle. Seine Parkinson-Erkrankung ließ ihn diese Entscheidung auch nicht revidieren. Im Januar 1976 stand schließlich Helmut Kasimier im Niedersächsischen Landtag zur Wahl, nachdem zwei weitere mögliche Kandidaten zurückgezogen hatten. In den ersten beiden Wahlgängen am 14. und am 15. Januar erhielten weder Kasimier noch sein Gegenkandidat von der CDU, Ernst Albrecht, die notwendige Mehr-

heit. Im dritten Wahlgang, der Ernst Albrecht die absolute Mehrheit der Stimmen brachte, hatte Helmut Kasimier bereits aufgegeben und Karl Ravens das Feld überlassen.

Die Niederlage war hart für Helmut. Er wirkte wochenlang wie versteinert und grübelte immer wieder darüber nach, ob er vielleicht doch der falsche Kandidat gewesen sein könnte. Die Treulosigkeit einiger Abgeordneter machte ihn fassungslos und hat ihn wohl bis zu seinem Lebensende tief gekränkt.

Helmut Kasimier ist nach 1976 trotz seines Verbleibs bis 1986 im Landtag politisch nicht mehr sichtbar in Erscheinung getreten. Seine Geradlinigkeit und sein unabhängiges Urteil sind unbestritten. Dennoch hat jeder, der ihn seither traf, die Niederlage von 1976 im Kopf.

Er war ein Mann, dessen Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus lag und der nach der Kriegsverwundung in jungen Jahren seine ganze Kraft dem demokratischen Wiederaufbau widmete, die für ihn nur sozialdemokratisch sein konnte. Das affektierte Getue in der späten Bundesrepublik und die Doppelbödigkeit politischer Sprache waren ihm fremd. Dass er als geborener Breslauer 1990 die Einheit Deutschlands begrüßte, wäre zu schwach ausgedrückt. Den revisionistischen Tönen der Vertriebenenverbände hatte er dennoch nie etwas abgewinnen können. ■

WERTVOLLE ERGEBNISSE DER KLAUSURTAGUNG IN BAD LAUTERBERG



Vom 22. bis zum 24. April fand sich die SPD-Fraktion zu ihrer ersten Klausurtagung in der neuen Rolle als Regierungsfraktion zusammen. Der idyllische Tagungsort Bad Lauterberg symbolisierte den Beschluss der Fraktion, die ländlichen Räume künftig in den Mittelpunkt der Strukturförderpolitik zu rücken. Über dieses Thema wurde einen Vormittag lang beraten. Am Nachmittag stand das wichtige Feld der Inklusion, die wir nicht nur in den Schulen, sondern schrittweise überall im Arbeitsleben voranbringen wollen, zur Debatte. Roland Schwarz vom Distriktkrankenhaus der Stadt Førde in Norwegen stellte Erfahrungen aus Norwegen vor, wo man vor bald 30 Jahren den Schritt in Richtung Inklusion gemacht hat. Vieles davon galt damals als gesellschaftliches Experiment und gilt nunmehr als weitgehend geglückt. Die intensiven Diskussionen machten deutlich, dass die Fraktion weit mehr als nur Tagespolitik macht. Vielmehr stellt sie sich den großen gesellschaftlichen Herausforderungen für Niedersachsen. ■

Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Sophie Bergmann, Johanne Modder, Lars Wegener, Prof. Rolf Wernstedt, Sven Wieduwilt, Clemens Wirries.
Redaktionsschluss: 23.05.2013
Redaktion: spdpresse@lt.niedersachsen.de
Anschrift: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de